

Alles spricht für TVStud - auch ihr Koalitionsvertrag!

Forderungspapier der TV Stud Initiative an das Thüringer Finanzministerium

Wir, die studentischen Beschäftigten und Aktiven der TVStud-Bewegung, fordern die Thüringer Landesregierung und im Besonderen die Finanzministerin Heike Taubert (SPD) dazu auf, dem 2020 im Koalitionsvertrag von Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen festgehaltenen Vorhaben gerecht zu werden und endlich „die Stärkung der Tarifbindung, die Entwicklung von Schutzstandards und Bedingungen gesunder Arbeit [und] die Weiterentwicklung der Mitbestimmung“ auch im Hochschulbereich umzusetzen. Gemäß dieser Absichtserklärung und in Verbindung mit der Selbstverpflichtung, „gute Lehr-, Betreuungs-, Arbeits- und Forschungsbedingungen an den Thüringer Hochschulen“ zu fördern, erwarten wir, dass Sie dem Ausschluss studentischer Beschäftigter von Tarifverträgen genau wie dem Wildwuchs von Kettenbefristungen endlich ein Ende setzen.

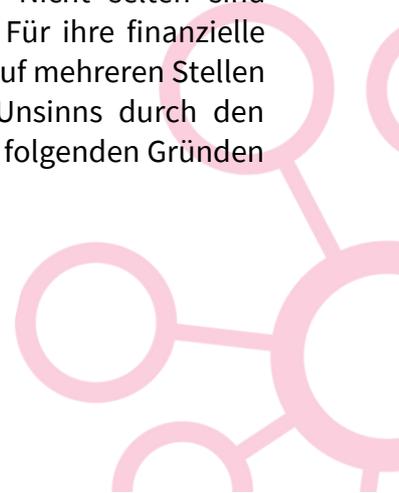
Denn auch die über 3.000 beim Freistaat Thüringen beschäftigten studentischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Assistent*innen, welche einen unverzichtbaren Beitrag zum Lehr-, Forschungs- und Behördenbetrieb leisten, haben gute Arbeitsbedingungen verdient. Gute Arbeit, das bedeutet auch die Beschäftigung nach Tarifverträgen, die Vertragslaufzeiten, Entlohnungen und Urlaubsansprüche verbindlich regeln. Nun ist es Zeit für Sie zu handeln und Ihrer Vorbildrolle als öffentliche Arbeitgeber*innen nachzukommen. Es ist vollkommen inakzeptabel, dass sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder seit Jahren gegen die Tarifierung der bundesweit rund 300.000 studentischen Beschäftigten sperrt. Der Arbeitgeberverband will Tarifpartei sein, dann soll er sich endlich auch so verhalten und sich bundesweit auf Tarifverhandlungen einlassen oder den Weg für Tarifverhandlungen auf Landesebene freimachen.

Denn ob in Thüringen oder bundesweit: Es ist höchste Zeit für die Tarifierung der studentischen Beschäftigten. TVStud jetzt!

Aufgrund der jahrelangen Ignoranz haben die diesjährigen Verhandlungen über einen TVStud auf Bundesebene eine besondere Wichtigkeit, um die Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten zu entprekarisieren und bedeutsam zu verbessern. Konkret erwarten wir von der Tarifierung Verbesserungen in den folgenden Punkten:

Entfristung und Mindestvertragslaufzeiten für studentische Beschäftigte

Studentische Beschäftigte befinden sich bundesweit und insbesondere in Thüringen, wo die durchschnittliche Vertragslaufzeit 2022 nur 4,7 Monate betrug (Hopp et. al. 2023: Jung, akademisch, prekär. Bremen: iaw; S. 70), in einer Endlosschleife von Kettenverträgen. Nicht selten sind studentische Beschäftigte dabei fortlaufend auf derselben Stelle beschäftigt. Für ihre finanzielle Absicherung und um Vertragslücken zu verhindern arbeiten sie teilweise sogar auf mehreren Stellen gleichzeitig. Diesem System sollte nicht nur aufgrund des bürokratischen Unsinn durch den umfänglichen administrativen Zusatzaufwand, sondern darüber hinaus aus den folgenden Gründen ein Ende gesetzt werden:



Machtasymmetrien aufbrechen, um die Einhaltung von Arbeitnehmer*innenrechten zu gewährleisten

Kettenverträge verstärken die Abhängigkeit von Vorgesetzten und begünstigen damit strukturell die Unterwanderung von Arbeitnehmer*innenrechten. Aus zahlreichen anderen Bereichen der Arbeitswelt ist bekannt, dass das individuelle Einklagen von Rechten bei dauerhaft befristet beschäftigten Arbeitnehmer*innen oft ausbleibt. Diese strukturell bedingte Machtasymmetrie muss durch die Schaffung sicherer Beschäftigungsverhältnisse aufgebrochen werden. Vertragslaufzeiten wirken sich auf die Einhaltung von Arbeitnehmer*innenrechten aus.

Beschäftigungssicherheit schaffen um sozialer Selektion in der Wissenschaft und damit Bildungsungleichheit entgegenzuwirken

Das System aus Kettenverträgen und dauerhaften Befristungen trägt dabei auch zur sozialen Schieflage bei. Jeder zweite Studierende in Thüringen geht einer Erwerbstätigkeit nach (50,7 %, vgl. Kroher et al. 2023: Die Studierendenbefragung in Deutschland: 22. Sozialerhebung. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2021, S. 85), häufig und viel arbeiten dabei insbesondere jene, die aufgrund einer niedrigen Bildungsherkunft stärker darauf angewiesen sind, sich Leben und Studieren selbst finanzieren zu können. Wer sich aber mit einem Job als studentische oder wissenschaftliche Assistent*in finanzieren will, ist nicht nur wegen der schlechten Entlohnung auf zusätzliche Einnahmequellen angewiesen, denn nicht jede*r studentische*r Arbeitnehmer*in kann sich eine auf nur wenige Monate begrenzte finanzielle Sicherheit erlauben. Diese Unsicherheit wirkt sozial selektiv und spiegelt sich entsprechend in der Sozialstruktur der studentischen Beschäftigten wider - ein Ende der Kettenbefristungen ist folglich auch eine Maßnahme für mehr Chancengleichheit in der Bildung.

Zeit, dass sich für die studentischen Beschäftigten etwas tut!

Die öffentliche Hand ist einer der größten Arbeitgeber von Studierenden. Bundesweit gingen 2021 39,1 % der erwerbstätigen Studierenden einer Arbeit als studentische Beschäftigte an oder außerhalb der Hochschule nach (22. Sozialerhebung, a.a.O., S. 87), wobei die Arbeit an der Hochschule für viele ihr erstes Arbeitsverhältnis darstellt. Es ist höchste Zeit, dass auch hier die Prinzipien guter Arbeit gelten und die aktive Gestaltung der Arbeitswelt ermöglicht wird. Im Besonderen auch, um die Beschäftigung als studentische, wissenschaftliche und künstlerische Assistent*in potenziell allen Studierenden jeder sozialen Herkunft gleich zugänglich zu machen und so zumindest von dieser Seite Bildungsgleichheit zu ermöglichen. Der öffentliche Arbeitgeber sollte in dieser Sache eine Vorbildfunktion einnehmen, anstatt für die strukturell bedingte Unterwanderung von Arbeitnehmer*innenrechten zu stehen.

Daher fordern wir Sie dazu auf, diese Arbeitsbedingungen gemeinsam mit uns und den Gewerkschaften ver.di und GEW zu regulieren, d.h. den Weg für einen TVStud zu ebnen, für Entfristungen zu sorgen sowie Mindestvertragslaufzeiten einzuführen.



**TV STUD
Thüringen**



Die in der letzten Tarifrunde vereinbarte „Bestandsaufnahme zu den Arbeitsbedingungen Studentischer Beschäftigter“ zwischen Arbeitgeberverband der Länder und den Gewerkschaften ver.di und GEW hat über die Studie „Jung, akademisch, prekär“ massive strukturelle Missstände und damit Handlungsbedarfe offengelegt. Diese größte Studie über die Beschäftigungsbedingungen von studentischen/wissenschaftlichen Hilfskräften bzw. Assistent*innen mit über 11.000 befragten Beschäftigten lässt Thüringen in einem besonders schlechten Licht erscheinen: Thüringen ist fast überall bundesweit Schlusslicht, sei es bei den durchschnittlichen Vertragslaufzeiten, den monatlichen Stundenzahlen oder dem Lohn. Und obgleich Thüringen mit den Assistent*innenräten eines der wenigen Bundesländer mit einem spezifischen Mitbestimmungsgremium für studentische Beschäftigte ist, werden diesen Steine in den Weg gelegt, was eine effektive Arbeit und Interessensvertretung erheblich erschwert und ihnen nicht den Gestaltungsumfang eines Personalrates einräumt. Des Weiteren wird Arbeitsrecht bundesweit systematisch gebrochen. Die Ergebnisse sind erschreckend, für uns als Beschäftigte und mit Beschäftigten Vernetzte jedoch nicht überraschend.

Nichtsdestotrotz drohen die in Aussicht stehenden Verhandlungen für einen TVStud an der Blockade insbesondere der Vertreter aus NRW und Sachsen vorfristig zu scheitern. Damit werden nicht nur die in der vergangenen Tarifrunde und in Koalitionsverträgen gemachten Zusagen gebrochen, sondern die Verhandlung über bessere Arbeitsbedingungen für 300.000 Hilfskräfte und Tutor*innen bundesweit verhindert.

Daher fordern wir als TVStud Initiative Thüringen Sie auf:

1. Wirken Sie auf Ihre Kollegen aus NRW und Sachsen, Herrn Marcus Optendrenk und Hartmut Vorjohann, ein – Die Bestandsaufnahme über die Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter, die in der Tarifrunde 2021 vereinbart wurde, muss abgeschlossen werden! Die bundesweite Tarifierung der studentischen Beschäftigten muss angesichts der näher rückenden Tarifrunde der Länder im Herbst vorbereitet werden!
2. Setzen Sie sich in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder dafür ein, dass die Blockadehaltung derselben gegenüber den Verhandlungen für einen TVStud auf Länder- und Bundesebene aufgegeben wird!
3. Treten Sie mit uns in Kontakt, um in Gespräche darüber zu kommen, wie dieser verwirklicht werden kann, und helfen Sie uns dabei, die prekären Beschäftigungsverhältnisse von rund 300.000 jungen Menschen in diesem Land maßgeblich zu verbessern!



**TV STUD
Thüringen**

